

Der externe Standpunkt

Wir müssen die SRG vor politischer Einflussnahme schützen

Der direkte Zugriff der Politik auf die Medien ist das Kennzeichen

von autoritären Regimen. Eine vom Parlament gesteuerte SRG wäre ein

Schritt genau in diese Richtung, **meint Casper Selg**

Orban, Erdogan, Duterte, Trump. Lauter Autokraten, die in freier Wahl an die Macht gekommen sind, mit einfältig populistischen Sprüchen, mit schlimmen Ausfällen gegen Minderheiten. Immer lauter wird die Frage gestellt, ob die Demokratie mit all ihren Errungenschaften und Garantien überhaupt noch funktioniert.

Volksentscheide sind immer nur so gut wie die Information, die bei den Stimmenenden und den Wählenden ankommt. An guter Information, an einem intelligenten Diskurs in der Breite der Bevölkerung scheint es heute aber vielerorts zu mangeln. Daran ändern auch die vielen neueren Kommunikationskanäle nichts. Sie scheinen, im Gegenteil, die Diskussion zu fragmentieren, aufzubrechen. Gleichgesinnte bestätigen sich untereinander. Fake-News ersetzen recherchierte Information.

Gute Information ist wie guter Rat: teuer. Ein Netz von Korrespondenten und Fachspezialistinnen, die mit Erfahrung und Sachverstand über komplexe Themen berichten: Das ist mittlerweile sogar zu teuer geworden in einem Medienmarkt, aus dem das Geld immer schneller ins Internet abfließt, in einem Markt, aus dem traditionelle Zeitungen immer schneller verschwinden. Der Satz «Gute Information ist teuer» gilt ganz besonders für die elektronischen Medien. Und dies nicht nur in der Schweiz, aber hier ganz besonders. Die SRG bietet einen Radio- und Fernsehjournalismus, der über den Markt auf keinen Fall zu finanzieren wäre. Untersuchungen zeigen, dass sie das auch gar nicht schlecht macht. Ausreichende Ressourcen sind die eine Voraussetzung für gute Information.

Ausreichende Unabhängigkeit ist die andere. Orban, Erdogan, Duterte und Trump verstehen kritische Medien als ihre Feinde und bekämpfen sie offen. Weil sie mit Kritik nicht umgehen können, weil Kritik sie hinterfragt und behindert. Donald Trump bezeichnet die «New York Times», eine der

besten Zeitungen der Welt, als «Feind des Volkes». Erdogan bestimmt, wer in welchem Medium das Sagen hat. Eben hat er den Chefredaktor einer grossen Tageszeitung ausgewechselt. Der hat ihm nicht gepasst. Das soll er auch nicht. Anders als mit möglichst breit gestreuter, unabhängig recherchierter, seriöser Information funktioniert eine demokratische Gesellschaft nicht richtig. Der Kampf gegen unabhängige Medien ist ein Kampf gegen einen Grundsatz der Demokratie.

Hierzulande hat die SRG bisher weitgehend unabhängig von politischem Druck arbeiten können. Es gab und gibt zwar immer heftige Kritik. Die Linken und Grünen halten die Berichterstattung in Teilen für rechtslastig, für «SVP-verbogen». Die Rechten sehen die Kritik immer von links bis linksausen kommen. Beides versteht sich sozusagen von selber, wenn kritische Berichterstattung denn sein soll. Aber die SRG-Redaktionen hatten bisher - trotz allen Diskussionen - den nötigen Freiraum. So wie die Bundesverfassung das in Artikel 17 vorschreibt: «Die Medienfreiheit ist gewährleistet.» Beispielsweise werden Stellen bei SRF immer noch mit Fragen nach der Kompetenz, nicht nach dem Parteibuch besetzt, anders als in anderen Ländern. Das ist gut so, und es hat sich bewährt.

Diese Unabhängigkeit würde nun aber massiv eingeschränkt, wenn der Vorschlag der Nationalratskommission für eine sogenannte duale Konzession durchkäme. Und es sieht ganz danach aus. Letztlich würde damit das Parlament und nicht mehr der Bundesrat der SRG die Bedingungen für ihr Handeln vorschreiben. Das darf nicht sein! Ein grosses Medienhaus darf nicht ausgerechnet vom Parlament gesteuert werden. Das hat die bisherige Regelung weitgehend verhindert, bei welcher der Bundesrat allein die Konzession erteilt.

Es geht hier um ganz Grundsätzliches. Zwar ist die SRG der Allgemeinheit selbstverständlich Rechenschaft schuldig, natürlich braucht sie Richtlinien, natürlich braucht

sie Kritik. Aber wenn die SRG ihre Vorgaben direkt von der Mehrheit im Parlament diktiert erhält, entsteht genau das, was einige ihr immer wieder vorgeworfen haben: ein «Staatsradio», ein «Staatsfernsehen». Bisher traf das nicht zu. Aber mit der dualen Konzession machen wir einen entscheidenden Schritt in genau diese Richtung. In die Richtung eines Medienunternehmens, das den mächtigsten Politikern und Politikerinnen des Landes zu passen hat.

So etwas darf in einer Demokratie nicht sein. So etwas darf schon gar nicht kommen vonseiten einer Partei, welche den Erhalt der schweizerischen Kultur auf ihrer Fahne stehen hat. Und es darf erst recht nicht kommen von einer anderen Partei, die sich liberalem Gedankengut verpflichtet fühlt. Die duale Konzession wäre ein Bekenntnis zu «weniger Freiheit, mehr Staat».

Möglichst unabhängige Information ist politisch lebenswichtig. Schaut euch doch um auf dieser Welt!